



Luzern, 17. November 2025

Medienmitteilung

Eine realistische, bezahlbare und wirksame Luzerner Lösung für unsere Familien

Der Kanton Luzern steht vor einer weisenden Abstimmung in der Familienpolitik: Mit dem Gegenvorschlag zum Kinderbetreuungsgesetz (KiBeG) soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, die Qualität der Kinderbetreuung kantonsweit gesichert und die Finanzierung fair geregelt werden. Der Gegenvorschlag sieht eine einheitliche Finanzierung von Kitas und Tagesfamilien vor, die Familien mit tiefen und mittleren Einkommen gezielt entlastet. Ausserdem nimmt er die zentralen Anliegen der SP-Initiative «Bezahlbare Kitas für alle» auf, setzt sie jedoch gezielter und finanziell tragbarer um.

Ein Gegenvorschlag mit Wirkung

Mit dem Gegenvorschlag wird die Kinderbetreuung für mehr Familien erschwinglich, und es lohnt sich, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Die Kosten werden je zur Hälfte von Kanton und Gemeinden getragen. So entsteht eine faire Aufgabenteilung, welche die Gemeindefinanzen stabilisiert. Mitte-Präsidentin und Kantonsrätin Karin Stadelmann betont: «Viele Eltern stehen heute vor der Frage, ob sich Arbeit überhaupt lohnt, wenn ein grosser Teil des Einkommens für die Kinderbetreuung aufgewendet werden muss. Der Gegenvorschlag bietet eine realistische, bezahlbare und wirksame Lösung. Er entlastet die Familien, welche finanzielle Unterstützung benötigen und das nicht mit der Giesskanne. Zudem stärkt er Vereinbarkeit von Familie und Beruf.»

Die bezahlbare Antwort

Jährlich spart der Gegenvorschlag im Vergleich zur Initiative mindestens 27 Millionen Franken, ohne die zentralen Anliegen der Initiative zu vernachlässigen. Gleichzeitig werden nicht nur Kitas, sondern auch Tagesfamilien in die Finanzierung einbezogen – ein entscheidender Punkt für ländliche Gebiete, wo diese Betreuungsform häufig die einzige verfügbare ist. «Mit dem Kita-Gegenvorschlag erhalten die Luzerner Familien im ganzen Kanton die gleichen Voraussetzungen. Das ist wichtig insbesondere in ländlichen Gebieten», sagt Andras Özvegyi, Präsident der kantonalen GLP.



JA KITA **Gegenvorschlag**

**Realistisch
Bezahlbar
Wirksam**

Einheitliche Qualität und klare Zuständigkeiten

Der Gegenvorschlag schafft erstmals kantonsweit verbindliche Qualitätsstandards nach den Empfehlungen des Verbands der Luzerner Gemeinden (VLG). Damit gilt im ganzen Kanton Luzern dieselbe Mindestqualität – unabhängig vom Wohnort. FDP Kantonsrätin Sibylle Boos-Braun betont: «Heute haben über 80 Prozent der Luzerner Gemeinden eigene Lösungen. Das führt zu ungleichen Angeboten. Das neue Gesetz schafft einheitliche Regelungen und die Gemeinden und der Kanton übernehmen gemeinsam eine tragende Rolle bei der Umsetzung».

Eine Investition in Wirtschaft und Gesellschaft

Eine bessere und bezahlbare Kinderbetreuung ermöglicht es beiden Elternteilen, berufstätig zu sein. Das wirkt dem Fachkräftemangel entgegen und stärkt die Wirtschaft. «Die externe Kinderbetreuung ist mehr als bloss ein Kostenfaktor, sie ist eine Investition in unsere Zukunft. Mehr Eltern im Arbeitsmarkt bedeuten mehr Einkommen, mehr Konsum und mehr Ressourcen für die Unternehmen. Das stärkt die Wirtschaft und die Prosperität des Kantons. Darum steht auch der KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern klar hinter diesem klugen Gegenvorschlag», sagt KGL-Direktor Jérôme Martinu an der Medienkonferenz.

Familien stärken – ohne neue Abgaben für Betriebe

Der Gegenvorschlag berücksichtigt auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die Initiative würde neue Pflichtabgaben und Bürokratie für Unternehmen verursachen. IFU-Vizepräsidentin und Unternehmerin Claudia Häfliger betont: «Das KiBeG ist vernünftig, praktikabel und wirtschaftsfreundlich. Es stärkt Familien, ohne die Betriebe zu überfordern. Kooperation statt Zwang, Das ist der richtige Weg. Damit bleibt die Kinderbetreuungspolitik auch für kleine und mittlere Unternehmen tragbar und planbar.»

Die Sicht der Kinderbetreuungspraxis

In der täglichen Arbeit der Kindertagesstätten zeigt sich deutlich, wie zentral stabile Rahmenbedingungen und faire Finanzierungen für die Qualität der Betreuung sind. Die Kitas stehen zunehmend unter wirtschaftlichem Druck: Laut dem Dachverband kibesuisse lag die durchschnittliche Auslastung im Jahr 2022 bei lediglich 82 Prozent, und mehr als ein Drittel der Einrichtungen schreibt Verluste. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an Personal, Infrastruktur und pädagogische Qualität stetig. «Wir erleben seit Jahren steigende Qualitätsanforderungen und gleichzeitig wachsenden Kostendruck. Viele Kitas stehen wirtschaftlich unter Druck. Denn die Auslastung ist oft tief, die Margen gering. Trotzdem sollen wir qualitativ hochwertige Betreuung bieten. Das geht nur mit verlässlichen Rahmenbedingungen. Der Gegenvorschlag ist praxisnah, fair und zukunftsfähig. Er berücksichtigt die Bedürfnisse der Kinder, Eltern und Betreuenden gleichermaßen», darum weibelt auch Andrea Huber Graber von der Trägerschaft der Kita Stärrschnuppe in Kriens für den Gegenvorschlag.



JA KITA Gegenvorschlag

**Realistisch
Bezahlbar
Wirksam**

Bildlegende: v.l.n.r Andrea Huber Graber (Kinderkrippe Stärenschnuppe), András Özvegyi (GLP), Karin Stadelmann (Die Mitte), Claudia Häfliger (IFU), Sybille Boos-Braun (FDP) und Jérôme Martinu (KGL).

Kontakt

Luca Boog, Kampagnenleiter, 079 743 21 07